

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Team 1	S0346/18	10.12.2018

zum/zur

A0140/18 der Fraktion Links für Magdeburg/Tierschutzpartei

Bezeichnung

Strategische Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Landeshauptstadt Magdeburg und deren Umland sowie Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	22.01.2019
Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und regionale Entwicklung	31.01.2019
Verwaltungsausschuss	15.03.2019
Finanz- und Grundstücksausschuss	27.03.2019
Stadtrat	11.04.2019

Der Antrag lautet:

1. „Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den unmittelbar an das Gebiet der Landeshauptstadt Magdeburg angrenzenden Gemeinden Sondierungsgespräche bzw. Verhandlungen aufzunehmen, die es der Landeshauptstadt Magdeburg ggf. gemeinsam mit interessierten Umlandgemeinden ermöglicht, Flächen für Großunternehmensansiedlungen in vertretbaren Zeiträumen, flexibel anbieten zu können.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, hierzu sowohl Kooperationen als auch Flächenübernahmen zur Diskussion zu stellen. Langfristig und mit Blick auf südlich angrenzende Gemeinden sollten auch Möglichkeiten und Grenzen von Eingemeindungsangeboten erörtert werden.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, über seine Aktivitäten bzw. ggf. erreichte Ergebnisse und Erkenntnisse bis Ende des ersten Quartals 2019 dem Stadtrat zu berichten.“

Dazu wird wie folgt Stellung genommen:

Zu 1.)

Die Gespräche mit der Gemeinde Sülzetal über die Weiterentwicklung des bestehenden gemeinsamen Gewerbegebiets werden seit einigen Monaten intensiv geführt. Vorschläge dazu werden dem Stadtrat im ersten Quartal 2019 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Das Wirtschaftsdezernat hat vor vier Jahren Gespräche mit der Gemeinde Barleben über deren Vorschlag geführt, ebenfalls ein gemeinsames Gewerbegebiet zu entwickeln im Bereich des Autobahnzubringers Magdeburg-Kannenstieg. Diese Gespräche wurden nach verwaltungsinterner Abstimmung in der Stadtverwaltung Magdeburg nicht weitergeführt.

Zur Ermöglichung von Großansiedlungen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt prüft die Stadtverwaltung derzeit die Bereitstellung von größeren Gewerbeflächen im Bereich Sülzegrund und „Eulenberg“.

Zielstellung der Stadtverwaltung ist es, die rund 400 ha Fläche des „Eulenbergs“ mittelfristig zu entwickeln und spätestens im Jahr 2024 vermarktungsfähig zu haben. Dazu werden die ersten Maßnahmen zur Weiterentwicklung des im Zuge der Bewerbung um das BMW-Werk aufgestellten B-Plans umgesetzt. Die Entwicklung des Eulenbergs wird für die Landeshauptstadt eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen, die aber für die industrielle Perspektive für die Entwicklung der Wirtschaftsregion Magdeburg von erheblicher Bedeutung ist. Dazu werden dem Stadtrat im Jahr 2019 Vorschläge zur Beschlussfassung vorgelegt.

Zu 2.)

Das Wirtschaftsdezernat entwickelt derzeit ein Konzept zur Erweiterung und Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit ausgehend von der Zusammenarbeit in der Regionalen Planungsgemeinschaft Magdeburg. Dieses Konzept wird Bestandteil einer Grundsatzdrucksache zur zukünftigen Neuordnung der Wirtschaftsförderung in Bezug auf die GWM sein, die dem Stadtrat ebenfalls im 1. Quartal 2019 zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Ein Element des angesprochenen Konzepts zur Erweiterung und Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit wird auch die Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen sein.

Die Frage der Eingemeindung von benachbarten Gemeinden stellt sich derzeit nicht, Initiativen der Landeshauptstadt sind nicht zu erwarten. Dies schließt nicht aus, auf mögliche Gesprächsangebote einzugehen. Im Vordergrund steht die Vertiefung der interkommunalen Zusammenarbeit.

Zu 3.)

Die für das 1. Quartal 2019 angekündigten Drucksachen werden die erbetenden Informationen über Aktivitäten und Ergebnisse enthalten.

Rainer Nitsche